

KEIN ZWANG ZU FALSCEM DEUTSCH

An das niedersächsische Landesparlament
Für die Volksinitiative: Stoppt Gendern in Niedersachsen

Bürger einer Demokratie verwehren sich zu Recht gegen eine verordnete Sprache. Sie wissen und spüren: Jede historisch gewachsene Sprachgemeinschaft basiert auf einer verständlichen, aus der Tradition erwachsenen Sprache. Es darf keinen Zwang zur Anwendung von Sprachregelungen geben, die sich diesem Prinzip widersetzen.

Wenn Sie wollen, dass ...

... Sie im Umgang mit Behörden in verständlicher Sprache angesprochen werden und amtliche Schreiben in lesbarem Deutsch abgefasst sind,

... Sie mit „sehr geehrte Frau“ oder „sehr geehrter Herr“ angesprochen werden und nicht mit „Mitbürger*innen“ oder gar „Kund*innen“, eine Formulierung, in der das in der deutschen Sprache gar nicht vorkommende Phantasiewort „Kund“ statt „Kunde“ steckt,

... Sie Radfahrer und Wähler sind statt Radfahrende und Wählende, selbst wenn Sie Ihr Fahrrad gerade schieben oder nicht an der Wahlurne stehen,

... Sie als Schüler oder Student nicht mit Punktabzügen oder einer schlechteren Note bestraft werden, wenn Sie statt der „Gendersprache“ Deutsch nach den derzeitigen Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung verwenden,

... Sie sich im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen nicht die Kunstpausen der Nachrichtensprecher und Moderatoren als sprachlichen Ausdruck von Genderformen anhören müssen,
... Sie auch als ausländischer Mitbürger die Chance erhalten, die deutsche Sprache zu verstehen ohne die Hürden von Sternchen, Unterstrichen und sonstigen Sonderzeichen überwinden zu müssen,

... Sie als Blinder, Gehörloser oder auf einfache Sprache angewiesener Mensch nicht vor unüberwindbare Hindernisse gestellt und ausgeschlossen zu werden, ...

... dann unterstützen Sie bitte unsere niedersächsische Volksinitiative.



Weitere Informationen zur Volksinitiative
nach den §§ 3 bis 11 Niedersächsisches
Volksabstimmungsgesetz (NVAbstG)

Stoppt Gendern in Niedersachsen finden Sie unter:
www.stoppt-gendern-in-niedersachsen.de

Dort erfahren Sie auch, wie Sie die Volksinitiative durch Ihre Spende oder Ihr persönliches Engagement unterstützen können.

Sie können dort auch weitere Unterschriftenbögen und Informationsmaterial herunterladen.

KONTAKT

Volksinitiative Stoppt Gendern in Niedersachsen
Postfach 21 01 47, 30401 Hannover

V.i.S.d.P.: Dr. Alexander Börger, An der Schule 32, 38165 Lehre

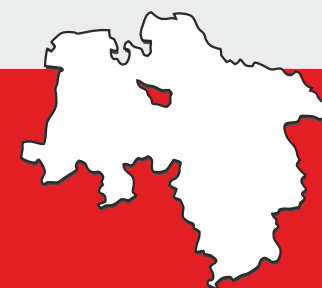
kontakt@stoppt-gendern-in-niedersachsen.de

Aufruf der
Niedersächsischen Volksinitiative



**STOPPT GENDERN
IN NIEDERSACHSEN**

**Schluss mit Gendersprache
in Verwaltung und Bildung**



**Wir sprechen alles...
Bloß kein Gender!**

www.stoppt-gendern-in-niedersachsen.de

Unser Ziel

Der niedersächsische Landtag soll beschließen, dass die Landesregierung den Behörden des Landes und der Kommunen sowie den Bildungseinrichtungen vorgibt, dass die amtliche Kommunikation und Veröffentlichung unter Einhaltung der Regeln des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ erfolgt. In jedem Falle ist verbindlich vorzugeben, dass sämtliche Varianten sogenannter Gender-Sonderzeichen in der offiziellen internen und externen Kommunikation keine Verwendung finden. Des Weiteren soll die Landesregierung die öffentlichen Unternehmen und die niedersächsischen Rundfunkeinrichtungen (NDR u.a.) auffordern, diese Vorgabe für ihre Kommunikation zu übernehmen.

Wir holen uns unsere Sprache zurück!

stoppt-gendern-in-niedersachsen.de



Die Begründung

Wir lehnen „Gendersprache“ ab, da sie diskriminierend, integrationsfeindlich und vorurteilsbeladen ist. Die im gesamten deutschsprachigen Raum verwendete Standardsprache* zeichnet sich hingegen diskriminierungsfrei durch den Gebrauch von verallgemeinernden Begriffen aus, bei denen spezifische Merkmalsbeschreibungen wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Glaubensbekenntnisse und Ideologien bedeutungslos sind: Es verbietet sich daher, z. B. eine grammatische Form wie das generische Maskulinum in ihrem Gebrauch einzuschränken.

Eine überwältigende, generationen- und geschlechterübergreifende Mehrheit quer durch alle Bevölkerungsschichten lehnt Gendersprache nachweislich ab. Gendersprache ist die Sprache einer Minderheit in der Sprachgemeinschaft, die vorgibt, die Mehrheit zu repräsentieren. Tatsächlich versucht sie, der Mehrheit ihre Sondersprache aufzuzwingen, wenn sie z.B. von „Teilnehmer*innen“, „TeilnehmerInnen“, „Teilnehmer_innen“, „Teilnehmenden“ oder „Teilnehmer:innen“ spricht. Besonders besorgniserregend ist, dass an niedersächsischen Bildungseinrichtungen formeller oder informeller Druck auf die nachwachsende Generation ausgeübt wird.

Gendersprache reduziert die Menschen u. a. auf ihr Geschlecht. So werden sie nicht als ganze Persönlichkeit gesehen, sondern nach unterschiedlichen Merkmalen gruppiert. Gendersprache ist somit sexistisch und erschwert unnötig das menschliche Miteinander. Sie verletzt damit die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen.

Gendersprache ist widersprüchlich und verunstaltet die Sprache, da sie ständig zu grammatikalischen Fehlern führt. Sie will einerseits „alle Geschlechter sprachlich sichtbarmachen“ (sog. „inklusive Sprache“), andererseits geschlechtsspezifische Ausdrücke vermeiden. Die deutsche Sprache unterscheidet aber eindeutig zwischen biologischem und grammatischem Geschlecht (Sexus und Genus). Ihre drei generischen Formen Maskulinum / Femininum / Neutrum sind von je her bereits allgemein und inklusiv.

** Eine Sprachgemeinschaft verfügt über einen Standard, wenn eine ihrer Varietäten im gesamten Sprachgebiet verwendet wird. (Peter Eisenberg, Vielfalt und Einheit der deutschen Sprache, 2017, S. 54). Weitere Argumente / Infos unter vds-ev.de/ag-gendern. Der zuständige „Rat für deutsche Rechtschreibung“ hat zuletzt im Juli 2023 erklärt, dass Gender-Sprachformen nicht zum amtlichen Regelwerk der deutschen Sprache zählen.*

Durch „Gendern“ grenzt sich eine vermeintlich fortschrittliche Elite von der Mehrheit der Bevölkerung ab und dringt dadurch auch nicht mehr zu ihnen durch. Eine gemeinsame Sprache ist aber Grundlage für eine lebendige Diskussionskultur in einer funktionierenden Demokratie. Gendersprache spaltet Worte und die Gesellschaft als Ganzes. Die Diskussionen um Gendersprache lenken von der Befassung mit den berechtigten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit ab.

Gendersprache benachteiligt bildungsferne und sprachbehinderte Menschen, also insbesondere Blinde, Gehörlose, Legastheniker und Menschen mit geistiger Behinderung. Gendersprache erschwert zusätzlich die sprachliche Integration von Migranten, da sie den Erwerb der deutschen Sprache massiv behindert. Eine Demokratie braucht den gewachsenen (Sprach-) Standard, die Einheitssprache, deren wichtigste Kriterien Verbreitung, Verständlichkeit und soziale Übereinkunft sind. Die Standardsprache* ermöglicht es, allgemeine Aussagen zu treffen und sprachliche Vielfalt lebendig zu erhalten. Alle sprachlichen Varianten, von der Wissenschaftssprache über diverse Fachsprachen bis hin zum Kiezdeutsch und den Dialekten sind auf diesen Standard bezogen.

Die deutsche Standardsprache kommt gesprochen und geschrieben ohne genderideologisch begründete Kunstpausen und Sonderzeichen innerhalb von Worten aus. Sie ersetzt auch nicht durchgängig das generische Maskulinum durch weiblich markierte Formen wie Gläubigerin, um eine geschlechtsübergreifende Bedeutung vorzutauschen, die in dem Fall nur das generische Maskulinum bietet. Politik, Verwaltung und Bildung sollen in der Standardsprache* kommunizieren: § 23 VwVfG

„Die Amtssprache ist Deutsch“.

kontakt@stoppt-gendern-in-niedersachsen.de